



## Pressemitteilung

Luxemburg, den 23. Februar 2021

### Größere Anstrengungen notwendig, um alle Europäer mit grundlegenden digitalen Kompetenzen auszustatten

In der Welt von heute werden digitale Kompetenzen immer wichtiger. Jedoch gab es in der EU in den letzten Jahren nur geringe Fortschritte bei der Verbesserung der grundlegenden digitalen Kompetenz von erwachsenen Europäern. Die Kommission hat die Mitgliedstaaten zwar unterstützt und ihnen Orientierungshilfen an die Hand gegeben, die Zahl der von der EU finanzierten Projekte, die konkret auf die grundlegenden digitalen Kompetenzen Erwachsener abgestellt sind, ist allerdings relativ gering. Der Europäische Rechnungshof hat eine Analyse der vergangenen und der für die Jahre 2021-2027 geplanten Maßnahmen der EU zur Verbesserung der digitalen Kompetenzen von Erwachsenen durchgeführt.

Im Jahr 2019 verfügten mehr als 75 Millionen Erwachsene im erwerbsfähigen Alter in Europa nicht über mindestens grundlegende digitale Kompetenzen. Dies gilt insbesondere für ältere Menschen, Personen mit niedrigem Bildungsniveau und Arbeitslose. Gleichzeitig erfordern über 90 % der Arbeitsplätze bereits zumindest grundlegende digitale Kompetenzen.

*"Durch die COVID-19-Pandemie ist einmal mehr deutlich geworden, wie wichtig grundlegende digitale Kompetenzen für die Bürgerinnen und Bürger sind", so Iliana Ivanova, das für die Analyse zuständige Mitglied des Europäischen Rechnungshofs. "Wir stellen fest, dass Erwachsene mit höherer digitaler Kompetenz leichter Arbeit finden und mehr verdienen als vergleichbare Personen mit geringerer digitaler Kompetenz. Unsere Analyse zeigt, dass die EU die Bedeutung grundlegender digitaler Kompetenzen für alle Bürgerinnen und Bürger seit Langem erkannt hat, aber noch viel getan werden muss. Jetzt ist der ideale Zeitpunkt, um diese Thematik in den Fokus zu rücken und ich hoffe, unsere Analyse ist unseren wichtigsten Interessenträgern in ihren Vorbereitungen für den Beginn des neuen Programmplanungszeitraums 2021-2027 von Nutzen."*

Bildung und Berufsbildung liegen in der Verantwortung der Mitgliedstaaten. Das Ausmaß der digitalen Kluft zwischen Personen mit und jenen ohne grundlegende digitale Kompetenzen unterscheidet sich jedoch erheblich je nach Mitgliedstaat. Den von der Kommission verwendeten Indikatoren zufolge hat sich das Niveau der grundlegenden digitalen Kompetenzen in den Mitgliedstaaten in den letzten Jahren nicht wesentlich verbessert.

Ab 2015 hat die Kommission eine Reihe von Maßnahmen ergriffen, um die digitalen Kompetenzen der Bürgerinnen und Bürger anzuheben. Infolgedessen boten nationale Projekte im Zuge der Initiative "Koalition für digitale Kompetenzen und Arbeitsplätze" zwischen 2016 und 2018 beinahe

Diese Pressemitteilung enthält die Hauptaussagen der Analyse des Europäischen Rechnungshofs. Analyse im Volltext unter [eca.europa.eu](https://eca.europa.eu).

## ECA Press

12, rue Alcide De Gasperi – L-1615 Luxembourg

E: [press@eca.europa.eu](mailto:press@eca.europa.eu) @EUAuditors [eca.europa.eu](https://eca.europa.eu)

11 Millionen Europäern aller Altersgruppen die Möglichkeit, ihre digitale Kompetenz zu verbessern. Rund die Hälfte davon waren Lernende der Primar- und Sekundarstufe. Es liegen keine Daten vor, wie sich solche Tätigkeiten letztendlich auf die Ziele der Initiative ausgewirkt haben.

Tätigkeiten im konkreten Bereich der grundlegenden digitalen Kompetenzen für Erwachsene sind üblicherweise Teil breiter angelegter Initiativen. Dies macht es in der Regel unmöglich, den Gesamtbetrag der EU-Mittel, die allein für diesen Bereich ausgegeben wurden, zu ermitteln. Dennoch lassen die vorliegenden Daten vermuten, dass die speziell für die Anhebung der digitalen Kompetenzen von Erwachsenen zugewiesenen Mittel relativ gering ausfallen: Beispielsweise machten Projekte, die sich speziell mit der Vermittlung digitaler Kompetenzen in den Mitgliedstaaten befassten, trotz ihrer Schwerpunktstellung nur etwa 2 % der gesamten ESF-Mittel für den Zeitraum 2014-2020 aus.

Für die Jahre 2021–2027 hat die Kommission erstmals ein konkretes Ziel festgelegt, um den Anteil der Bürgerinnen und Bürger mit grundlegenden digitalen Kompetenzen zu erhöhen, und zwar von 56 % im Jahr 2019 auf 70 % im Jahr 2025. Um die Gesetzgeber und die an der Programmplanung und -umsetzung beteiligten Behörden zu unterstützen, zeigen die Prüfer einige Herausforderungen auf. Diese Herausforderungen betreffen die Zuweisung konkreter Beträge zukünftiger EU-Programme, die Definition von Unterzielen und Meilensteinen und die einheitliche Bewertung digitaler Kompetenzen in einem sich ständig und schnell wandelnden digitalen Umfeld.

### **Hintergrundinformationen**

Diese Analyse ist nicht das Ergebnis einer Prüfung, sondern versteht sich als Analyse überwiegend öffentlich zugänglicher Informationen. Sie enthält keine Bewertung von durch die Kommission in diesem Bereich ergriffenen Maßnahmen oder Empfehlungen. Die Prüfer untersuchen die Entwicklung der grundlegenden digitalen Kompetenzen Erwachsener im erwerbsfähigen Alter (25 bis 64 Jahre) der letzten Jahre vor dem Hintergrund der von der EU seit 2010 in diesem Bereich ergriffenen Maßnahmen, wobei ihr besonderes Augenmerk den letzten 5 Jahren gilt. Die langfristige, übergeordnete Strategie der EU, Europa 2020, die von 2010 bis 2020 lief, beinhaltete die Digitale Agenda für Europa als eine ihrer sieben "Leitinitiativen". Der EU kommt daher auch eine Rolle bei der Unterstützung der Mitgliedstaaten bei der Bewältigung gemeinsamer Herausforderungen wie den alternden Gesellschaften, Qualifikationsdefiziten, technologischen Entwicklungen und dem Wettbewerb auf globaler Ebene zu.

Die Analyse Nr. 02/2021 des Hofes "Maßnahmen der EU für mehr digitale Kompetenz" ist auf der Website des Hofes [eca.europa.eu](https://eca.europa.eu) in 23 EU-Sprachen abrufbar.

Der Hof beteiligt sich an der gemeinsamen Projektgruppe "Workforce 2030 – Challenges and opportunities" der EUROSAI, die sich mit dem globalen, technologischen und demografischen Wandel, vor dem die Welt heute steht, und dessen Auswirkungen auf die Arbeitskräfte beschäftigt. Nationale Rechnungskontrollbehörden haben eine Reihe von parallelen Prüfungen eingeleitet. Diese Analyse wird Teil des Abschlussberichts der Arbeitsgruppe sein.

**Pressekontakt:** Claudia Spiti - [claudia.spiti@eca.europa.eu](mailto:claudia.spiti@eca.europa.eu) - M: (+352) 691553547